

Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die deutsch-koreanischen Beziehungen dynamisch fortentwickeln

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In diesem Jahr begehen Deutschland und Korea den 125. Jahrestag der Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen beiden Nationen. Seit die Beziehungen zwischen den – geographisch – so weit auseinander liegenden Ländern, mit dem Abschluss eines Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrags am 26. November 1883, ihren Anfang nahmen, haben sie sich kontinuierlich und dynamisch fortentwickelt und vertieft.

Waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Korea in ihrer Frühphase entscheidend durch das Wirken von einzelnen Persönlichkeiten geprägt, haben sich diese nach dem Zweiten Weltkrieg und durch das gemeinsame Schicksal der nationalen Teilung in besonderer Weise entwickelt. Während die Bundesrepublik Deutschland ungewöhnlich intensive Beziehungen mit der Republik Korea aufbaute, genossen die Beziehungen zwischen der DDR und Nordkorea auch für diese beiden Staaten eine besondere Bedeutung.

Die Wiedervereinigung Deutschlands und Europas 1990 leitete eine neue Phase in den Beziehungen zu Nordkorea ein. Im Jahr 2001 wurden auf Wunsch Südkoreas offizielle Beziehungen zwischen Deutschland und der Demokratischen Volksrepublik Korea aufgenommen, um die innerkoreanische Annäherung und die sogenannte „Sonnenscheinpolitik“ des damaligen südkoreanischen Präsidenten und späteren Friedensnobelpreisträgers, Kim Dae-jung, zu unterstützen. Die deutsche Einheit wurde in beiden koreanischen Staaten sehr genau verfolgt und gab der Hoffnung auf eine koreanische Wiedervereinigung neue Nahrung.

Auch heute ist die koreanische Teilung ein wichtiger Faktor in den Beziehungen zwischen beiden Nationen. Sowohl in der Republik Korea wie auch in der Demokratischen Volksrepublik Korea besteht an den deutschen Erfahrungen während der Teilung und der Wiedervereinigung ein starkes Interesse. Deutschland hat die ersten Annäherungen der beiden koreanischen Staaten in den letzten Jahren, nach der Verabschiedung der „Gemeinsamen Erklärung“ am 15. Juni 2000, stets begrüßt und nach Kräften unterstützt. Neben den menschlichen Erleichterungen ist die Einrichtung der Sonderwirtschaftszone in Kaesong ein wichtiges Ergebnis dieser Vereinbarung. Seit 2007 engagiert sich auch ein deutsches Unternehmen in der Sonderwirtschaftszone.

Die aktuelle politische Situation auf der koreanischen Halbinsel und in ganz Nordostasien steht im Schatten der Nuklearkrise und lässt das Ziel einer koreanischen Wiedervereinigung in weite Ferne rücken. Notwendig ist ein Prozess für Frieden, Stabilität und Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel und in Nordostasien. Das dringendste Ziel aller Bemühungen muss die Beilegung der

aktuellen Nuklearkrise sein. Die im Rahmen der Sechsparteiengespräche im September 2005 und Februar 2007 getroffenen Vereinbarungen über eine schrittweise Denuklearisierung Nordkoreas im Austausch für Sicherheitsgarantien und Wirtschaftshilfen müssen dafür erfolgreich umgesetzt werden. Es ist notwendig, dass Nordkorea den Weg der Modernisierung entschlossen verfolgt. Die Menschenrechtssituation in dem Land ist nach wie vor sehr besorgniserregend.

Deutschland und die Republik Korea sind füreinander wichtige Wirtschaftspartner. Der Handel zwischen beiden Staaten ist stetig angewachsen und ist durch ein hohes technologisches Niveau bei den gehandelten Gütern gekennzeichnet. Deutsche Unternehmen in Korea und koreanische Unternehmen in Deutschland spielen eine immer größere Rolle als Investoren und Arbeitgeber. Die Republik Korea ist für Deutschland der dritt wichtigste Wirtschaftspartner in Asien. Deutschland wiederum ist für Korea der wichtigste europäische Handelspartner. Das bilaterale Handelsvolumen von mehr als 25 Mrd. US-Dollar (2007) macht fast ein Drittel des gesamten Handels zwischen Korea und der Europäischen Union aus. Das deutsch-koreanische Handelsvolumen hat sich in den vergangenen 10 Jahren mehr als verdoppelt und weist unverändert hohe Wachstumsraten auf. Gleichzeitig bewegen sich die deutschen Direktinvestitionen in Korea und umgekehrt weiterhin auf hohem Niveau. Im Bereich von Wissenschaft und Forschung besteht eine enge Kooperation mit erheblichem Wachstumspotenzial.

Die menschlichen Beziehungen reichen zurück bis in die 60er Jahre, als koreanische Krankenschwestern und Bergarbeiter nach Deutschland kamen. Viele dieser Menschen sind geblieben und haben in Deutschland eine neue Heimat gefunden. Gleichzeitig studierten und arbeiteten viele Nordkoreaner in der DDR und nahmen ein großes Interesse an Sprache und Kultur Deutschlands mit nach Nordkorea.

Der kulturelle Austausch zwischen Deutschland und Korea ist intensiv und beidseitig. Die deutsche Sprache und Kultur genießen in Korea großes Ansehen. Umgekehrt ist in den vergangenen Jahren in Deutschland das Interesse an der koreanischen Kultur und gerade der Jugend- und Popkultur stark gewachsen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

1. den 125. Jahrestag der Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen Deutschland und Korea zum Anlass zu nehmen, die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu der Republik Korea weiterhin nach Kräften zu fördern und der Demokratischen Volksrepublik Korea eine Intensivierung der Zusammenarbeit, bei entsprechender Kooperation in Hinsicht auf eine Lösung der Nuklearkrise, in Aussicht zu stellen;
2. die separaten Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen sowie zur Errichtung einer Freihandelszone mit der Republik Korea im Rahmen der EU zielstrebig weiter zu verfolgen und zu einem baldigen erfolgreichen Abschluss zu bringen;
3. die politische Annäherung zwischen der Republik Korea und der Demokratischen Volksrepublik Korea nach Kräften zu unterstützen und sich für eine demokratische Entwicklung im nördlichen Teilstaat einzusetzen;
4. die Rolle des multilateralen Forums der Sechsparteiengespräche, mit Beteiligung der beiden koreanischen Staaten, der Volksrepublik China, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Russischen Föderation und Japan, zu stärken;

5. die regionale Integration und dem Aufbau belastbarer multilateraler Institutionen in der Region zu unterstützen, wobei den beteiligten Staaten die guten Erfahrungen mit der KSZE/OSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa/Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) nahe gebracht werden sollten;
6. zu prüfen, inwieweit nach der Beilegung der Nuklearkrise und einer spürbaren Verbesserung der Menschenrechtslage die erfolgreiche Soforthilfe für Nordkorea in eine Entwicklungszusammenarbeit weiterentwickelt werden kann.

Der Deutsche Bundestag würdigt die Gründung des Deutsch-Koreanischen Forums im Jahr 2002 und dankt den Regierungen beider Länder aber auch den beiden Staatsoberhäuptern für die ermutigende Unterstützung des Deutsch-Koreanischen Forums.

Der Deutsche Bundestag appelliert an die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea, die Überlegungen des Deutsch-Koreanischen Forums 2008 in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Handel, Umweltschutz, Wissenschaft, Kultur und Bildung entsprechend einzubeziehen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Republik Korea im Jahr 2009 Partnerland der HANNOVER MESSE sein wird und hofft, dass sich daraus wichtige neue Impulse für die deutsch-koreanischen Wirtschaftsbeziehungen ergeben werden.

Der Deutsche Bundestag würdigt die wachsende globale Rolle der Republik Korea, die auf dem internationalen Parkett zunehmend Verantwortung übernimmt, etwa durch die Beteiligung an Friedensmissionen der Vereinten Nationen und das verstärkte Engagement in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und im Umwelt- und Klimaschutz. Hier ergeben sich neue Kooperationsmöglichkeiten, etwa im Bereich der erneuerbaren Energien. Gerade angesichts der derzeitigen Finanzkrise hat sich die Republik Korea mit ihren Erfahrungen aus der Überwindung der Finanzkrise 1997 konstruktiv eingebracht und so eine verantwortungsvolle und wichtige Rolle übernommen.

Der Deutsche Bundestag anerkennt die wichtige Beratungstätigkeit der politischen Stiftungen sowie die kulturelle Mittlertätigkeit des Goethe-Institutes und anderer Mittlerorganisationen sowie die Arbeit der Deutschen Schule auf der koreanischen Halbinsel, gerade auch im Hinblick auf den innerkoreanischen Annäherungsprozess. Er erwartet von der Bundesregierung eine entsprechende haushaltsmäßige Förderung der Tätigkeit dieser wichtigen Institutionen.

Der Deutsche Bundestag dankt den deutschen und internationalen Hilfsorganisationen, vor allem der Deutschen Welthungerhilfe und dem Deutschen Roten Kreuz, aber auch den kirchlichen Hilfswerken, für ihren unverzichtbaren humanitären Beitrag zur Verbesserung der Versorgungslage der Menschen in der Demokratischen Volksrepublik Korea.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, zu prüfen, inwieweit anlässlich des 125. Jahrestages der deutsch-koreanischen Beziehungen durch geeignete Maßnahmen ein deutsch-koreanischer Schüler-, Jugend- und Studentenaustausch unter Einbeziehung beider koreanischer Staaten entwickelt werden kann und dem Deutschen Bundestag hierüber zu berichten.

Berlin, den 18. Dezember 2008

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion
Dr. Guido Westerwelle und Fraktion
Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

